

Posch steht in der Kritik

FLUGLÄRM Mainzer Politiker sprechen von „Alleingang“ des hessischen Verkehrsministers

MAINZ (mer). Die Stadtspitze und Mainzer Politiker üben harsche Kritik am hessischen Verkehrsminister Dieter Posch (FDP). Dieser hatte am Dienstag mit einer „einfachen Teilerücknahme“ des Planfeststellungsbeschlusses für den Frankfurter Flughafen das Verbot von Nachtflügen sowie die Begrenzung auf 133 Flüge pro Nacht in den Nachtrandstunden rechtlich verankert. Der Verkehrsminister setzte damit das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 4. April um, ohne das schriftliche Urteil abzuwarten.

Ebling: Fataler Irrweg

„Posch ist sich leider treu geblieben und hat einen weiteren nicht nachvollziehbaren Alleingang unternommen und der Region einmal mehr einen Bären dienst erwiesen“, kritisieren Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD) und Umweltdezernentin Katrin Eder (Grüne) das Vorgehen. Es bleibe dabei, dass diese Art des Handelns der hessischen Landesregierung die lärmgeplagte Region „einmal mehr vorführt und den Fachverband etwa der Fluglärmkommission komplett ignoriert“, so Ebling und Eder.

Beide verweisen auch auf die dezidierte Aufforderung der Initiative „Zukunft Rhein-Main“, das einstimmige Votum der Fluglärmkommission sowie die Proteste von Bürgerinitiativen und vieler Kommunen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) als auch das „Bündnis der Bürgerinitiativen - Keine Flughafenerweiterung“ hätten Posch bereits vor Wochen dringlich aufgefordert, die von Leipzig geforderte Änderung der Planfeststellung auf recht-

lich einwandfreie Weise zu ergänzen. Ebling und Eder: „Dies kann aber doch erst sinnvoll möglich sein, wenn die Leipziger Urteilsbegründung gesichtet wurde. Das ist nicht der Fall.“

Die nun eingeschlagene Richtung stellt weiteren fatalen Irrweg dar. Die herbeigeführte Planklarstellung kann weitere Klagen nach sich ziehen. Juristische Expertisen sehen im Gegenteil mit diesem Schritt ein beträchtliches Prozessrisiko: Damit werden weiteren Klagen Tür und Tor geöffnet.“

Als „wirren Aktionismus kurz vor seinem Ausscheiden“ bezeichnet die Mainzer Bundestagsabgeordnete Tabea Rößner (Grüne) das Vorgehen Poschs. Rößner kritisiert, Posch habe kein Beteiligungsverfahren zugelassen, obwohl alle Beteiligten, die Lärmgeschädigten sowie die Luftverkehrswirtschaft, einen Anspruch darauf haben, dass über die Fragen der Nachtrandstunden abwägungsfreier entschieden werde.

CDU: Nicht nachvollziehbar

Auch die Mainzer CDU-Bundestagsabgeordnete Ute Granold moniert, Posch habe durch seine Planklarstellung einen Weg gewählt, „der nicht zur Rechtssicherheit beiträgt.“ Der Mainzer CDU-Landtagsabgeordnete Wolfgang Reichel bezeichnet das Vorgehen des Verkehrsministers als fahrlässig. „Es ist für mich in keiner Weise nachvollziehbar, warum der hessische Minister jetzt so schnell gehandelt hat, wenn selbst das Bundesverkehrsministerium zu einer abwartenden Haltung geraten hat“, so der Mainzer CDU-Chef. Es sei dringend geboten, das Nachtflugverbot gerichtsfest umzusetzen.

Poschs Bären dienst für die ganze Region

Reaktion Mainzer Stadtspitze hält Vorgehen des Ministers für nicht nachvollziehbar

■ **Frankfurt/Mainz.** Trotz der dezidierten Aufforderung der Initiative „Zukunft Rhein-Main“ und entgegen des einstimmigen Votums der Fluglärmkommission, welches Wirtschaftsminister Dieter Posch aufforderte, von einer juristisch nicht abgesicherten und übereilten Entscheidung Abstand zu nehmen, trotz der Proteste von Bürgerinitiativen und vieler Kommunen brachte der hessische Wirtschaftsminister gestern die vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig geforderte Änderung („Planklarstellung“) des Planfeststellungsbeschlusses auf den Weg – ehe er überhaupt die schriftliche Begründung des Gerichtes im Wortlaut vorliegen hatte.

„Posch ist sich leider treu geblieben und hat einen weiteren nicht nachvollziehbaren Alleingang unternommen und der Region ein-

mal mehr einen Bären dienst erwiesen“, kritisieren der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling und Umweltdezernentin Katrin Eder das nicht nachvollziehbare Vorgehen.

Schon der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) als auch das „Bündnis der Bürgerinitiativen“ hatten Posch bereits vor Wochen aufgefordert, die von Leipzig geforderte Änderung der Planfeststellung zum Ausbau rechtlich einwandfrei zu ergänzen und daher von „juristisch zweifelhaften Schnellschüssen“ abzusehen.

Vorliegende juristische Expertisen sehen im Gegenteil mit diesem Schritt ein beträchtliches Prozessrisiko: „Damit werden weiteren Klagen Tür und Tor geöffnet“, so Michael Ebling (SPD) und Umweltdezernentin Katrin Eder (Grüne).
noe